



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/756, 17/1688

Einbindung der Kommunen und Regionen in das neue Beratungsgremium der EU-Kommission für das Freihandelsabkommen und in die „stakeholder briefings“

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich im Bund und in Europa dafür einzusetzen, dass eine Vertreterin bzw. ein Vertreter des Ausschusses der Regionen in das neue Beratungsgremium der EU-Kommission für das Transatlantische Freihandelsabkommen aufgenommen wird;
2. sich in Europa dafür einzusetzen, dass neben den Nichtregierungsorganisationen auch Vertreterinnen bzw. Vertreter der bayerischen Kommunen und der Landesebene zu den „stakeholder briefings“ der EU-Kommission eingeladen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident